

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/200

18. Oktober 1976

Gebot europäischer Solidarität

Ein ziviles Europa-Katastrophenhilfswerk wäre ein großer Fortschritt

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Tapfer, aber leider auf aussichtslosem Posten

Dr. Norbert Blüm nennt das Dilemma der Union beim Namen

Seite 3 / 32 Zeilen

"Wahlen" mit 99,86 vH "Ja"-Stimmen

Erstes Fazit auf dem Volkskammer-Urnengang in der DDR

Seite 4 / 41 Zeilen

Sozialpolitik für Niedersachsens Bürger

Progressive Gesetzentwürfe der niedersächsischen SPD

Von Fritz Riege MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialwesen der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen

Seite 5 und 6 / 67 Zeilen

Neue Rufnummer:

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-221
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 08 86 846-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Gebot europäischer Solidarität

Ein ziviles Europa-Katastrophenhilfswerk wäre ein großer Fortschritt

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion
im Europäischen Parlament

Während der vergangenen Monate haben Naturkatastrophen ganze Regionen der Europäischen Gemeinschaft heimgesucht. Weil sie die Menschen völlig unvorbereitet trafen und ihre Abwehrkraft bei weitem überstiegen, brachten sie neben den verheerenden Auswirkungen für die Betroffenen noch Arbeitslosigkeit für die Bevölkerung und Verarmung ganzer Landstriche mit sich. Die Erdbeben von Friaul, die Dürre in Teilen Großbritanniens und Frankreichs, und früher noch die Waldbrände in Niedersachsen haben gezeigt, daß diese Katastrophen nicht nur als regionale oder nationale Probleme behandelt werden können, sondern daß es hier um ein Stück gemeinsamen Schicksals der europäischen Völker geht, und daß daher Hilfe - wie sie z.B. von der Bundeswehr gekommen ist - stellvertretend für alle Mitbürger in der Europäischen Gemeinschaft geleistet wurde.

Aus diesem Grund haben in jüngster Zeit wiederholt Mitglieder des Europäischen Parlaments Anfragen und Anträge zugunsten eines europäischen Katastrophenhilfswerks und einer finanziellen Katastrophenhilfe vorgebracht. Diese Appelle verdienen noch heute uneingeschränkte Unterstützung. Ein europäisches ziviles Katastrophenhilfswerk kann das System der nationalen Hilfseinrichtungen erheblich verbessern.

Zwar kommt man kaum darum herum, bei der Organisation des zivilen Katastrophenschutzes in den einzelnen Mitgliedstaaten auf die Besonderheiten der jeweiligen Gesellschaftsstruktur Rücksicht zu nehmen, gerade die unvorhergesehenen Naturkatastrophen aber bringen häufig eben auch die mit dieser Anlehnung verbundenen Schwächen der nationalen Katastrophenabwehr zum Tragen. Obwohl die Mitgliedstaaten in diesen Unglücksfällen einander stets Solidarität bewiesen, nach Kräften zusammengearbeitet und sich gegenseitig Beistand geleistet haben, konnten großangelegte und rationell durchgeführte Aktionen oft erst nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten und Zeitverlusten eingeleitet und der Zersplitterung der Hilfsanstrengungen nicht immer gleich entgegengewirkt werden. Auch der von Kommissionspräsident Ortoli eingerichtete kleine

Krisenstab für Maßnahmen, welche die Kommission treffen könnten, wird nur ein Ansatzpunkt sein.

Der Gedanke der Schaffung eines europäischen technischen Katastrophenhilfswerks geht weiter: Wir brauchen eine Organisation, die in ihren Mitteln und in ihrer Ausrüstung europäische Dimensionen haben muß und jederzeit und überall in der Gemeinschaft schnell eingesetzt werden kann, um durch technische Hilfeleistung Not und Gefahr von Menschen oder Gütern abzuwehren. Diese Organisation müßte über eigenes Gerät und über Vorräte an "strategischen" Orten der Gemeinschaft verfügen und gegen Ersatzleistung oder Entschädigung auf entsprechende Depots nicht betroffener Mitgliedstaaten zurückgreifen dürfen. Zur Errichtung solcher Depots - vielleicht unter Anleitung des EG-Hilfswerks - müßten sich alle Staaten verpflichten. Oberste Grundsätze dieser Organisation müßte höchste Mobilität, ständige Einsatzbereitschaft sowie technisch und organisatorisch eng aufeinander abgestimmtes Einsatzpotential sein. Sie müßte in der Lage sein, in kürzester Frist auch Dämme, Straßen, Leitungen, Brunnen, Unterkünfte, Landeplätze usw. zu errichten. Diese Organisation müßte sich in jedem Ernstfall die entsprechenden nationalen Einrichtungen unterstellen können. Die Koordinierung mit den Behörden des betroffenen Mitgliedstaates müßte ihr obliegen.

Die Bildung eines europäischen technischen Hilfswerks sollte die Kräfte der Gemeinschaft zusammenfassen und den Mitgliedstaaten dort helfen, wo die nationalen Mittel und Möglichkeiten überfordert wären und alle anderen zur Abwehr von Katastrophen vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichen würden. In diesem Fall könnte sie technische Hilfe bei der Beseitigung von öffentlichen Notständen leisten, durch welche die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung, der öffentliche Gesundheitsdienst oder der lebensnotwendige Verkehr gefährdet werden, sowie bei Katastrophen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes. Damit könnte dem betroffenen Mitbürger möglichst rasch und wirksam geholfen und ein Grundgebot der Solidarität der Völker und Staaten der Europäischen Gemeinschaft erfüllt werden.

(-/18.10.1976/va/pr)

+ + +

Tapfer, aber leider auf aussichtslosem Posten

Dr. Norbert Blüm nennt das Dilemma der Union beim Namen

Im Schlachtenlärm ihrer südlichen Legionen, der seit der Bundestagswahl vor zwei Wochen die Unions-Parteien erfüllt, ließ sich jetzt dünn, aber doch vernehmlich eine Stimme hören, die Bemerkenswertes bewirken könnte, wenn sie nicht gar von so aussichtslosem Posten käme. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Dr. Norbert Blüm MdB, ein Exponent des Arbeitnehmerflügels seiner Partei, übte entschiedene Kritik an der rüden, undemokratischen Bevormundung der CDU durch den CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß.

Er legte damit - und das ist das eigentlich Bedeutsame an seinem Schritt - in der Öffentlichkeit Zeugnis von einem Phänomen in der Union ab, das zu den wichtigsten Problemen unserer politischen Szene der nächsten Jahre zählt: die Machtergreifung innerhalb der C-Parteien durch jene autoritären, reaktionär-antiliberalen Kräfte, deren Symbolfigur Strauß ist. Unverhohlen sprach Blüm aus, worum es geht: "Wir können ja weder innerhalb der Partei noch zwischen den Parteien eine Diskussion ertragen, in der die einen zu Befehlsempfängern der anderen degradiert werden." Und weiter: "Ich habe es satt, mir nach jeder Wahl aus München sagen zu lassen: 'Erstens: Geschlossenheit ist unverzichtbar und zweitens: Aber wir verzichten nicht, zu bestimmen, für was die CDU geschlossen sein muß!'"

Es ist in der Tat die Frage nach der Richtung der ganzen Politik der Union, die hier zur Debatte steht. Strauß und seine Stadthalter Dregger, Filbinger und Carstens wissen, wohin es gehen soll. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl dagegen weiß nur, daß er nicht lange gefragt wird, aber aufpassen muß, um nicht unter die Marschkolonnen zu geraten. Es ist respektabel, daß sich in dieser Situation der Mann der Sozialausschüsse nicht wie andere hinter dürftigem Taktieren verschanzt, sondern das Dilemma seines politischen Lagers offen ausspricht: Abwesenheit sachlicher Alternativen zum Programm der sozialliberalen Koalition und Omnipotenz der Strauß-Riege.

Wirklich, die Zivilcourage Blüms ist lobenswert. Aber leider sind seine und seiner kleinen Gefolgschaft Kräfte in der Union so unbedeutend. Ein verlorenes Fähnlein der Aufrechten...

Claus Preller
(-/18. 10. 1976/vp/pr/ee)

+ + +

"Wahlen" mit 99,86 vH "Ja"-Stimmen

Erstes Fazit aus dem Volkskammer-Urthengang in der DDR

Gegen Überraschungen bei "Wahlen" ist die DDR gefeiert. Wie dies- und jenseits der innerdeutschen Grenze angenommen wurde, stimmt das Wahlergebnis bis auf die letzte Ziffer hinter dem Komma mit den Erwartungen des Politbüros der SED überein: 99,86 vH der 11.425.822 Wahlberechtigten haben sich an der "Wahl" beteiligt, 99,86 vH davon stimmten für die vorgelegte Einheitsliste der Nationalen Front (1971 waren es 99,85 vH), 15.432 (16.951), also 0,14 (0,15), stimmten mit "Nein" und 0,02 (0,02) vH der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Wie bisher fiel Ost-Berlin wieder etwas aus der vorgeschriebenen Rolle: Hier gingen nur 97,87 vH der Wahlberechtigten zur Wahl; 0,39 vH der Wähler stimmten mit "Nein".

Dennoch: Jubel bei der Nationalen Front und der DDR-Presse, Genugtuung im Politbüro der SED. Immerhin war diesmal die Atmosphäre während des "Wahl"-Kampfes gelockter als bei der letzten "Wahl". Zum erstenmal waren doch Stimmen laut geworden - wenn auch nur über die Massenmedien der Bundesrepublik artikuliert -, die zur Stimmenthaltung aufforderten; über DDR-Leitungen übrigens, ohne daß es zu "technischen Störungen" gekommen wäre. Unsicher blieb auch, wie sich die 120.000 DDR-Bürger verhalten würden, die nach Prof. Havemann von den in Helsinki vereinbarten Möglichkeiten Gebrauch machen wollen, legal von einem Teil Deutschlands in den anderen überzusiedeln.

Aber das Wahlsystem hat sich wieder einmal bewährt. Wo dem Wähler nur eine Einheitsliste vorgelegt wird, auf der er bestenfalls einzelne Namen streichen kann, ohne damit auf die Zusammensetzung des Parlaments Einfluß nehmen zu können, wo ihm also gar keine "Wahl" bleibt, geht er resigniert zur Urne und gibt seinen Stimmzettel ab - meistens sogar öffentlich, obgleich daneben eine Wahlzelle für die in der Verfassung garantierte "geheime" Stimmabgabe steht. Nur noch die Philippinen, wo die Bevölkerung zur gleichen Zeit zu einer Abstimmung über die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes kommandiert wurde, halten den Vergleich mit solchen "Wahlen" aus. Das "Neue Deutschland" hat recht, wenn auch in einem anderen Sinne als es meint, wenn es das Wahlergebnis mit dem Satz kommentiert: "Kein bürgerlicher Staat kann sich diese echte Demokratie leisten."

Erfreulich bleibt, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unter diesem Wahlkampf nicht gelitten haben. Und da auch in der Bundesrepublik nach Abschluß der Wahl mit einer emotionaleren Atmosphäre im Verkehr zwischen beiden Staaten gerechnet werden kann, könnten nun die seit langen schwebenden Verhandlungen über die Erweiterung bestehender und den Abschluß neuer Verträge mit neuen Impulsen aufgenommen werden. Die sich immer mehr verdichtenden Meldungen, daß das Politbüro der SED nach längeren Vorbereitungen bereit sein soll, die Altersgrenze für Reisende nach der Bundesrepublik auf 50 Jahre herabzusetzen, wären da sogar die beste Botschaft am Tage dieser "Wahl".

Walter Osten
(-/18.10.1976/va/pr)

+ + +

Sozialpolitik für Niedersachsen Bürger

Progressive Gesetzentwürfe der niedersächsischen SPD

Von Fritz Riege MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialwesen
der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen

Niedersächsische Sozialdemokraten haben von Hinrich Wilhelm Kopf einen dicken Schädel und von Georg Diederichs die Fähigkeit mitbekommen, schwierige Situationen mit Zuversicht zu meistern. Sie bleiben daher auch in der Sozialpolitik auf klarem Kurs für den Bürger. Trotz des Regierungsverlustes, der mit unlauteren Mitteln von dem politischen Gegner inszeniert worden ist, bleibt uns nach wie vor die Chance, in offener Landtagsarbeit eine solide Gesetzgebungsarbeit zu leisten, welche den Frauen und Männern unseres Landes zugute kommt. Schon bei der Haushaltsberatung 1976 haben wir Abstriche der CDU-Landesregierung abgewehrt und Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Unterrichtsversorgung sowie für den Städtebau durchgesetzt. Wir konnten ebenso unseren Fahrplan mit einem Ja des Landtages für eine verbesserte ärztliche Versorgung und eine bessere Arbeitsmedizin erhalten und haben dank der Vorarbeiten unseres früheren Sozialministers Helmut Greulich den Entwurf eines Rettungsgesetzes sowie einen Entschließungsantrag für Sozial- und Gesundheitszentren vorgelegt.

Beim Rettungsgesetz geht es um die Garantie, daß jeder Notfall ohne Verzögerung an eine Zentrale gemeldet wird und von dort Alarmierung und Einsatz des bestgeeigneten Rettungsmittels erfolgt, und daß lebensrettende Maßnahmen am Unfallort sowie die rasche Klinikaufnahme gewährleistet sind. Ein Landesrettungsplan, der Rettungsleitstellen und Rettungswachen in genügender Anzahl vorschreibt, eine verbesserte Nachrichtentechnik sowie ein nach Ausbildung und Ausstattung verbesserter Rettungsdienst sollen dieses Ziel erreichen helfen. Träger sollen die Kreise und die Großraumverbände sein, die ihrerseits Sanitätsorganisationen mit der Durchführung beauftragen sollen. Wichtig ist die überschneidungslose Zusammenarbeit aller Beteiligten an einer Leitstelle (etwa Kreisebene) bzw. einer Rettungswache (Großgemeinde), die Führung eines zentralen Notrufnachweises und die ständige Besetzung und Erreichbarkeit der mit den Rettungswagen ständig in Verbindung stehenden

Dienste. Ein einsatzbereites Rettungsnetz macht sicher manche gesundheitliche Komplikation überflüssig und trägt dazu bei, die Zahl der 2.250 jährlichen Verkehrstoten in Niedersachsen zu vermindern. Er macht außerdem eine Konkurrenz der Sanitätsorganisationen untereinander entbehrlich. Um eine stetige Beteiligung aller wichtigen Organisationen vor Ort zu garantieren, haben wir einen Rettungsheirot vorgesehen, der u.a. den Landesrettungsplan mit erarbeiten und ein gewichtiges Wort über die finanziellen Hilfen des Landes mitreden wird. An Mitteln sind ca. 40 Millionen DM in den folgenden Jahreshaushalten erforderlich, soweit das Land betroffen wird.

Die Niedersachsen-SPD bietet weiter auf einem Sektor, den die CDU immer gern für sich reserviert, Lösungsmöglichkeiten praktischer Art an. Es geht dabei um die Sozial- und Gesundheitszentren oder auch Sozialstationen. Für Träger solcher ambulanten sozial- und gesundheitspflegerischer Dienste bieten wir Landeszuschüsse zu den Personalkosten neu eingestellter Schwestern und Pfleger an, damit das vorhandene Netz gestärkt und nicht geschwächt wird. Wir fordern die Regierung darüber hinaus auf, diese Zuschüsse im Wege der Verhandlungen mit Sozialleistungsträgern durch Pauschalen aufstocken zu lassen. Eine solche Aktion macht es möglich, daneben die bisherigen Modellversuche zur Bündelung dieser Dienste ähnlich wie in Hessen unter exakter Beobachtung fortzusetzen. Wegen der unterschiedlichen Besiedlungsdichte und der differierenden vorhandenen Angebote sind auch die Modellversuche verschieden anzulegen und neben der reinen Pflege auch auf Beratungsdienste, Betreuungsdienste und Gesundheitshilfen im Experiment auszudehnen. Das Festhalten an nur einem flächendeckenden Modell von Sozialstationen hält die niedersächsische SPD aus mehreren Gründen für problematisch:

1/ Sozialhilfe und Sozialversicherung dürfen nicht abgeschreckt werden, Benutzerentgelte zu übernehmen. Sie müssen vielmehr am praktischen Versuch erkennen können, welche Kostenentlastungen an anderer Stelle (Krankenhaus etc.) wirklich die ambulanten Mehrkosten rechtfertigen.

2/ Sozialstationen dürfen auf keinen Fall nur aus einer Verwaltungskraft bestehen, welche sich mit Kostengarantiescheinen beschäftigt, aber keine praktische Hilfe am Menschen leistet. Diese Gefahr besteht aber bei einem Ehrgeiz zur vollen Flächendeckung.

3/ In Gebieten mit gesundheitlicher und sozialer Untervereorgung und bei Versuchen zu mehr gemeindenaher Psychiatrie muß das Angebot anders aussehen als dort, wo sich die Dienste untereinander erhebliche Konkurrenz bereiten.

So will die niedersächsische SPD ihre besondere Verantwortung für den hilfsbedürftigen Menschen tragen: solide, nüchtern und mit dem nötigen Elan.

+ + +

(-/18.10.1976/va/pr/ee)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller